

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 94 (2000)  
**Heft:** 4

**Rubrik:** Zeichen der Zeit : wie wär's mit "Freiheit statt Kapitalismus"?

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 06.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zeichen der Zeit

### Wie wär's mit «Freiheit statt Kapitalismus»?

Mit «Freiheit statt Sozialismus» ist ein «Aufruf» betitelt, den der Vorsitzende der Zürcher SVP, Christoph Blocher, «an die Sozialisten in allen Parteien» richtet. Der Slogan ist uns aus bundesdeutschen Wahlkämpfen bekannt. Die inhaltliche Begründung hat C.B. seinem neoliberalen Gewährsmann F.A. von Hayek abgeschrieben. Soweit nichts Neues, ausser dass die Linke ebenso beleidigt wie hilflos reagiert. Als müsste sie sich schämen, jemals für einen demokratischen Sozialismus eingetreten zu sein. Mehr als die Verwirrung im Kopf des Herrn B. macht mir die Verwirrung in linken Köpfen zu schaffen.

#### «Sozialismus» oder Die Phantom-schmerzen des Herrn B.

«Sozialismus» ist ein *vieldeutiger Begriff*. Alle Verbrechen, die in seinem Namen begangen wurden, allen zuzurechnen, die sich als Sozialisten oder Sozialistinnen bezeichnen, entbehrt jeder Logik, von Ethik oder auch nur Anstand ganz zu schweigen. Ebenso gut könnte man dem zeitgenössischen Christentum vorwerfen, dass es einmal eine kirchliche Inquisition gab. Die Kirche sei die Vorläuferin des totalitären Staates gewesen, hat kein geringerer als der reformierte Theologe Emil Brunner gesagt. Nach Blocherscher Begriffs- und Geschichtsklitterung dürfte sich deshalb auch kein Kirchenchrist mehr zum Christentum bekennen, Blocher selbst sollte sich das christliche Etikett tunlichst nicht mehr umhängen.

Geschichtswirksamer als der Sozialismus, der sich für «real existierend» hielt, steht heute die *Sozialdemokratie* da, die sich in ihren Zielen und Grundwerten noch stets als Verwirklichung der Menschen-

rechte und der Demokratie verstand. «Kein Sozialismus ohne Demokratie», lautete die Parole, mit der sich der demokratische Sozialismus von Kommandosozialismus und roter Diktatur fundamental unterschied. Wenn aber sogar Sozialdemokraten meinen, ihre Partei hätte «die gleichen Wurzeln wie der Staatssozialismus à la DDR» ([www.politnet.ch](http://www.politnet.ch)), dann ist das nur noch ärgerlich – ausser natürlich für C.B.

«Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus kann das sowjetische System nicht als sozialistisch bezeichnet werden», schrieb die SPS in ihr Luganeser Programm 1982. Das hindert C.B. nicht daran, der SPS vorzuwerfen, sie habe sich gegenüber dem *Realsozialismus* nicht hinreichend abgegrenzt. Selbst die marxistischen 68er gingen mit ihrem Ruf nach «Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche» auf «Äquidistanz» sowohl zum kapitalistischen als auch zum realsozialistischen System. Ihr wichtigster Theoretiker, Herbert Marcuse, war einer der vehementesten Kritiker des Realsozialismus. Dieser reagierte denn auch auf keine Kritik so allergisch wie auf die marxistische, auf die er ein Monopol zu haben glaubte (was C.B. noch heute glaubt).

Seit Blocher das Feindbild abhanden gekommen ist, leidet er unter Phantom-schmerzen. Soweit geht sein Realitätsverlust, dass er sogar die real existierende Schweiz «auf zunehmend sozialistischen Pfaden» wandeln sieht. Was einmal *Soziale Marktwirtschaft* hiess, ist für ihn schon «Sozialismus». Eine kühne Behauptung, wenn man weiss, dass in der jungen BRD die Soziale Marktwirtschaft entwickelt wurde, um ein ideologisch und politisch attraktives Gegenmodell zum «Kommunismus» zu schaffen.

Aber B. versteigt sich in seinem abenteuerlichen, von keinerlei Geschichtskennntnis getrübten Pamphlet gar noch zum Vorwurf der *Faschismusnähe* gegenüber der Sozialdemokratie. Wer immer auf staatliche Intervention setzt, um Einkommens- und Vermögensunterschiede steuerpolitisch und sozialpolitisch auszugleichen, fällt unter dieses Verdikt. Denn auch der Faschismus habe alles vom Staat erwartet. Herr B. erkennt hier einen fundamentalen Unterschied: In der Sozialen Marktwirtschaft steht der Staat im Dienst der Menschen, vor allem der armutsbetroffenen unter ihnen, der Faschismus dagegen vergötzt den Staat als totalitären Selbstzweck, dem die Menschen bedenkenlos geopfert werden.

Es kommt noch besser: C.B. verwahrt sich gegen so «gefährliche Wörter» wie «Solidarität», «soziale Gerechtigkeit», «Frieden»..., die uns wie «süßes Gift» einlullen. Dass gerade der Begriff der «*sozialen Gerechtigkeit*» ursprünglich nicht vom Sozialismus, sondern von der christlichen Sozialethik geprägt und definiert wurde, zeigt noch von einer andern Seite, dass Herr Blocher sich auch nicht mehr zum Christentum bekennen sollte.

Im übrigen ist C.B. sehr wohl für den Ausbau des Staatsapparates, wenn es um *Militär und Polizei* geht. Das ist nur logisch. Wer von sozialer Gerechtigkeit nichts hält, der setzt nicht auf sozialen Frieden. Er nimmt im Gegenteil soziale Unruhen in Kauf, für die er den staatlichen Repressionsapparat aufrüsten muss. Fragt sich nur, in wessen Nähe dieses autoritäre Staatsverständnis anzusiedeln wäre. Der Blocher, der sich als Präsident der Arbeitsgruppe Südliches Afrika (asa) für das rassistische Apartheidregime stark machte, lässt da nur wenig Zweifel.

## **Überwindung des Kapitalismus unter Denkverbot**

Die linke Vision von einer Überwindung des Kapitalismus möchte C.B. ein für allemal als *totalitär* diskreditieren und unter Denkverbot stellen. Der «Aufruf» lang-

weilt mit immer neuen Variationen der Argumentation: Weil es einen Kommandosozialismus gab, der sich für die Überwindung des Kapitalismus hielt, muss jede Überwindung des Kapitalismus in einen Kommandosozialismus münden. Das ist zwar keine Logik, aber Blocher genügt sie, um die Linke mundtot zu machen. Schlimm ist denn auch nicht der Versuch, sondern die Einschüchterung, die er trotzdem zu bewirken scheint. Da sagte neulich ein SP-Nationalrat, das Wort von der «Überwindung des Kapitalismus» sei gar nie ernst gemeint gewesen. Wenn sich die Linke aber so verschämt aus jeder Kapitalismuskritik verabschiedet, dann hat der Kapitalismus ja wohl endgültig gesiegt.

Schon im *Wirtschaftsprogramm* der SPS von 1994 hiess es, die Überwindung des Kapitalismus sei kein Projekt für die nächsten 12 Jahre. Die Prophezeiung beginnt sich nun selbst zu erfüllen. Jetzt, nach der Halbzeit von nur sechs Jahren, wird an diese Überwindung nicht einmal mehr gedacht. Ich frage mich nur, was totalitärer ist: in Alternativen zu denken oder keine einzige mehr zu haben. Der Totalitarismus des Marktes verlangt die «*pensée unique*», das «eindimensionale Denken». Das ist umso schlimmer, als damit doch gerade der Beweis erbracht wäre, dass der Kapitalismus – zu seinem neoliberalen Ende gedacht – nicht demokratieverträglich sein kann.

Als die *UBS-Fusion* demonstrierte, wer in unserer Gesellschaft das Sagen hat, schrieb die unverdächtige Wirtschaftszeitung CASH (12.12.97): «Schonungslos zeigt die Fusion auf, wie unvereinbar Demokratie und Kapitalismus (heute mit Shareholder value gleichgesetzt) im Grund sind.» Die Weltwoche (1.1.98) meinte gar: «Schon in den kommenden fünf Jahren werden Wirtschaftswissenschaftler den Bruch mit dem Kapitalismus postulieren und neue Formen gemeinsamen Wirtschaftens ausarbeiten.» Und schliesslich müsste C.B. unter seinesgleichen auch den Financier George Soros in die sozialistische Pfanne hauen, weil dieser erklärt: «Ich habe auf den Finanzmärkten der Welt ein Vermögen erworben, und dennoch fürchte

ich inzwischen, dass die uneingeschränkte Intensivierung des Laissez-faire-Kapitalismus und die Verbreitung der Werte des Marktes über alle Bereiche des Lebens die Zukunft unserer offenen und demokratischen Gesellschaft gefährden. Der wichtigste Feind der offenen Gesellschaft ist nicht länger die kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung» (Zeit-Punkte 6/97).

Zur Ehrenrettung des Wirtschaftsprogramms der SPS wäre hinzuzufügen, dass es immerhin eine *Grundwertedebatte* in kapitalismuskritischer Absicht ankündigte: «Die SP will eine aktive Beteiligung aller an der Debatte über Kapitalismus, Sozialismus und alternative Wirtschaftssysteme auch und gerade im Rahmen der beginnenden Programmdebatte. Sie muss möglichst rasch und unter Einbezug der Parteibasis in einem Leitbild ein eigenes Konzept erarbeiten. Dieses soll die Grundwerte eines demokratischen Sozialismus enthalten, aufzeigen, wie der Kapitalismus überwunden werden soll, und wie ein für breite Volksschichten unseres Landes attraktiver Sozialismus konkret aussieht.» Mit dieser Debatte hätte man schon längst beginnen müssen, statt sich nun in die Defensive drängen zu lassen und so zu tun, als seien die kapitalismuskritischen Töne in der eigenen Vergangenheit nur noch eine peinliche Erinnerung.

## Welche Freiheit?

Wenn Blocher & Co. im Kapitalismus die einzig reale Form der Freiheit sehen, dann entspricht das ihrer Interessenlage. Wenn aber auch Linke in diesen Chor einstimmen, indem sie zu «Privateigentum und Marktwirtschaft» keine Alternative mehr sehen oder entwickeln wollen, dann denken sie nicht einmal nur unethisch, dann denken sie vor allem unhistorisch, sie denken, genau besehen, überhaupt nicht. Zur Losung «Kein Sozialismus ohne Demokratie» gehörte noch stets der dialektische Gegenpol «Keine Demokratie ohne Sozialismus».

Die heutige Globalisierung und Deregu-

lierung der Märkte ist dafür die Probe aufs Exempel: Je mehr die Politik die Wirtschaft dereguliert, umso mehr gewinnt die Wirtschaft an Macht, bis zu dem Punkt, wo sie nun ihrerseits damit beginnt, die Politik zu regulieren. Es kommt zu jenem mörderischen und selbstmörderischen Standortwettbewerb, der die Staaten «zwingt», die Steuern zu senken und die Sozialleistungen abzubauen, nur um das Kapital bei Laune zu halten. Je mehr diese ökonomische Macht sich in den Händen weniger konzentriert, um so totalitärer wird sie. Aber genau diesen *Totalitarismus* betrachtet C.B. als Freiheit, seine Freiheit, die Freiheit des freien Fuchses im freien Hühnerstall. Demgegenüber würde «Sozialismus» heißen, der Demokratie die gesellschaftliche Gestaltungsmacht zurückzugewinnen, auch und vor allem durch die Demokratisierung der Wirtschaft.

Selbst der *Sozialstaat* mit seinem angeblichen «Solidaritätszwang» verträgt sich nicht mit Blochers «Freiheit». C.B. entgeht, dass es auch eine «Freiheit von Not und Angst» gibt, die sich in den sozialen Grundrechten auf Existenzsicherung, Arbeit, Bildung, Wohnen, medizinische Versorgung niederschlägt. Durch ihre Verwirklichung erweist sich der Sozialstaat als Freiheitsgarantie, jedenfalls für diejenigen, die es sich nicht leisten können, auf seine Leistungen zu verzichten.

Das übersteigt das Vorstellungsvermögen eines «global players», der für die Gewinner der Globalisierung die unbeschränkte Freiheit und für die Verlierer den *Fürsorgestaat* propagiert. In der besten aller Welten sind Armutsbetroffene an ihrer Situation selber schuld, ergo sollen sie durch Fürsorgebehörden und Sozialämter diszipliniert werden. Wenn das nicht die «Geringschätzung des Individuums», ja die «Menschenverachtung» ist, die C.B. noch so gern auf den «Sozialismus» projiziert! Der Mensch ist in der Blocherschen Optik zwar «etwas Unvergleichliches, Unvertauschbares, Unschätzbares», aber wohl nur, wenn er nicht das Pech hat, «Asylant» oder sonst ein «Sozialschmarotzer» zu sein.